



# Europa: Friedensprojekt oder Festung

**Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war für die meisten unserer Großeltern und Urgroßeltern eine Zeit des Terrors, der Angst und der Verfolgung. Europa war Ausgangspunkt und Hauptschauplatz zweier Weltkriege mit 80 Millionen Toten. Die Zahl der Verwundeten, Vertriebenen und Deportierten konnte gar nie festgestellt werden.**

Darüber hinaus war Europa auch nach 1945 über weite Teile verwüstet, durch den Eisernen Vorhang geteilt und mehrere Jahrzehnte lang Zentrum des Kalten Kriegs mit dem Damoklesschwert einer atomaren Bedrohung. Die verheerenden Kriege im Verlauf des Zerfalls Jugoslawiens in den 1990er Jahren waren der bislang letzte mörderische Konflikt auf diesem Kontinent.

Dass hier jemals wieder ernsthaft über Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte gesprochen werden kann, war zunächst blanke Utopie. Und dennoch war es bereits in den 1950er Jahren einigen Persönlichkeiten wie dem politischen Vordenker Jean Monnet oder dem langjährigen französischen Außenminister Robert Schumann zu verdanken, dass diese Utopie gedacht wurde.

Es war die Utopie von einem gemeinsamen Europa ohne Grenzen und in gegenseitiger Achtung. Länder, die über Jahrhunderte Kriege führten, sollten friedlich und in Freiheit zusammen leben. Fünf Jahre nach Kriegsende schlossen sich zunächst sechs ehemals verfeindete Staaten zur *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* zusammen, aus der über mehrere Stationen schließlich die EU von heute mit ihren 28 Mitgliedsstaaten entstand.

## Eine Utopie, die Mut und demokratisches Verständnis braucht

Der einstige Zusammenschluss der Grundstoffindustrien als Frieden stiftendes Projekt wurde sukzessive in den folgenden 60 Jahren zu einer Gemeinschaft weiter entwickelt. Beim Zusammenwachsen der bestehenden und bei der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten standen allerdings mehr und mehr ökonomische Interessen im Vordergrund. So wurde die Freiheit der Märkte und des Warenverkehrs wich-

tiger als die Freiheit und die Rechte der Menschen. Als der Europäischen Union vor einem Jahr der Friedensnobelpreis verliehen wurde, hatte man vermutlich die ursprüngliche Idee gewürdigt und nicht die real existierende Wirtschaftsmacht EU, die zwar von der Öffnung der Märkte profitiert und für viele einen nie dagewesenen Reichtum schuf, sich aber mehr und mehr nach außen abschottete. Die Konflikte wurden an die Außengrenzen verlagert, der materielle Wohlstand musste verteidigt werden. Es war die Geburtsstunde der Festung Europa. Vor zehn Jahren wurde *Frontex*, die *Agentur für die operative Zusammenarbeit* an den Außengrenzen gegründet, eine Truppe zum Schutz der Wohlhabenden vor den Armen, vor Flüchtlingen und Schutzsuchenden. Ein Schutzwall, der unwillkürlich an jene befestigten Mauern erinnert, die oftmals die Villenviertel der Upperclass von den Favelas trennen.

Kam die Würdigung des Friedensprojekts Europa zu früh? Ist die Geschichte der Utopie von Schumann und Monnet schon abgeschrieben? Und hat man vergessen, dass Europa einen Gutteil seines Wohlstands den Handelsbeziehungen nach außen, den zugewanderten Menschen und den offenen Grenzen verdankt? Wie können wir im Inneren eines Kontinents heute mit gutem Gewissen von Frieden, Freiheit und Menschenrechten sprechen, wenn rund um uns Menschen gejagt, verhaftet und abgeschoben werden? Für diese Fragen gibt es eine klare Antwort: Die heutige EU muss sich den Friedensnobelpreis erst verdienen! *Frontex* ist zu einem Synonym für eine menschenverachtende Flüchtlingsabwehr an den Südost- und Südgrenzen der Staatengemeinschaft geworden. Die Grenzzäune wurden hochgezogen und die Patrouillen technisch hochgerüstet. In den vergangenen fünf Jahren sind mindestens 40.000 Menschen auf dem waghalsigen Weg in ein besseres Europa und auf der Flucht

vor Armut und Krieg im Mittelmeer ums Leben gekommen. Die auf dem Landweg gestorben sind, hat niemand gezählt. Ergänzend dazu sorgt eine stetig rigoroser werdende nationale Asyl- und Fremden-gesetzgebung dafür, dass immer mehr Menschen in die Illegalität abgedrängt werden. Allein in Griechenland schätzt man derzeit die Zahl der *Illegalen* auf mehr als eine Million, in Deutschland und Italien jeweils 500.000! Frankreich bezeichnet sie inzwischen abwertend als die *Sans-Papiers*. Es sind die Unberührbaren, die Rechtlosen, die billigen Arbeitskräfte, die heutigen Sklaven Europas; eine menschenrechtliche Katastrophe.

## Ein anderes Europa ist möglich

Und dennoch gibt es auch ein anderes Europa, das den Urgedanken eines gemeinsamen Europas, eines Friedens- und Menschenrechtsprojekts nicht aufgegeben hat. So haben zivilgesellschaftliche Organisationen und engagierte Abgeordnete des Europäischen Parlaments erreicht, dass neben Minderheitenschutz, Richtlinien gegen Diskriminierung sowie für soziale Gleichstellung, auch ein Grundrecht katalog beschlossen wurde; für alle Menschen in der EU, ob legal oder illegal, zugewandert oder angestammt. Alle diese Kräfte für ein friedliches, soziales Europa sind mehr als nur ein Hoffnungsschimmer, sie könnten bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament eine echte Chance bekommen. Wenn, ja wenn die Angstmacher, die nationalistischen Rechten und Populisten, alle jene, die einer Sündenbockpolitik den Vorzug geben, in die Schranken gewiesen werden. Noch beherrscht zwar das Schlagwort *Sozialtourismus*, das in Deutschland kürzlich zum Unwort des Jahres 2013 auserkoren wurde, die Debatte, um Angst und Verunsicherung zu verbreiten. Noch spielen Rechtspopulisten unvermindert ihre ewiggestrige Karte aus, den Neonationalismus. Aber vielleicht erkennt doch eine Mehrheit der Besonnenen bei den Wahlen im Mai dieses Jahres, dass dies der falsche Weg in eine fatale Sackgasse wäre.

## Die Wiederkehr der Nationalstaaterei

Hatte es gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs so ausgesehen, dass die Anbetung des Nationalstaats, gepaart mit Fremdenhass, Rassismus und Antisemitismus die Grundübel einer Politik waren, die geradewegs in die Katastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts führten, so schien diese Erkenntnis in den vergangenen Jahren zunehmend in Vergessenheit zu geraten. Versuchte man zunächst, die Nationalstaatlichkeit durch Gemeinschaftsverträge und eine gemeinsame europäische Verantwortung zu überwinden, so geriet die europäische Idee durch politischen Egoismus und die Wiederkehr des Nationalgedankens in eine Sinnkrise. Die rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien haben in vielen Ländern Europas sowohl die Sinnkrise als auch wirtschaftliche Probleme genutzt, um sich mit rückwärtsgewandten Rezepten und populistischen Sündenbockargumenten in Szene zu setzen. Parteien wie der *Vlaams Belang* in den Niederlanden, die *Front National* in Frankreich, *Jobbik* in Ungarn, die *FPÖ* oder gar Deutschlands *NPD* entdeckten den *kleinen Mann*, den politischen *Homunculus* als ihr Zielobjekt und die *Fleißigen* und *Anständigen* als ihr Wählerpotential. Für die einen wurde das *internationale Judentum* zur Ursache der Bankenkrise, für andere sind die Anderen und eine *ausufernde Zuwanderung* mit der Gefahr einer *Überfremdung* schuld am vermuteten *sozialen Abstieg der Einheimischen*. Die Verbreitung von Angst und Angebote von „einfachen“ Lösungen wie „Sauvons la France de l'Arnaque Européenne“ („Retten wir Frankreich vor der europäischen Abzockerei“), „Heimreise statt Einreise“ oder „Heimatliebe statt Marokkaner-Diebe“ wurden zu Erfolg versprechenden Parolen. Dazu kommen noch innereuropäische Feindbilder und der gefühlte *Moloch von Brüssel*. Dabei wird immer vergessen, dass nationalstaatliche Lösungen in einer Welt globaler Aufgaben und Probleme längst ausgedient haben. Jeder Mitgliedsstaat, so auch Österreich, ist ja längst ein mitbestimmender Teil einer gemeinschaft-

lichen europäischen Politik. Weder die Frage des Weltklimas, noch die Energieversorgung, noch die Frage einer Pflegesicherung können heute nationalstaatlich gelöst werden. Ob es unsere zehntausenden ausländischen Erntehelfer, Pflegekräfte oder Beschäftigte im Gastgewerbe sind, die längst unverzichtbar wurden oder die 21.000 Ärzte aus Bulgarien, die bereits in Westeuropa tätig sind, sie alle sind Teil eines gemeinsamen Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialraums Europa. Die demokratische Mitbestimmung und das Mitwirken an einem größeren Ganzen müssen wieder unsere politischen Vorhaben sein und nicht die Verteidigung der Interessen Oberösterreichs gegen Wien und die Wiens gegen Brüssel. Die Kleinstaaterei ist längst das Problem und schon lange nicht mehr die Lösung! Wer immer noch glaubt, dass ein Schutzwall namens Frontex und eine Rückkehr zur Nationalstaatlichkeit Sicherheit brächten, denkt wie jene Strategen, die mit Hadrian's Wall, mit der Berliner oder der Chinesischen Mauer versucht haben, die eigene „heile Welt“ vor der „Welt draußen“ zu retten.

## Keine bequemen Aufgaben

Demokratie und Menschenrechte sind keine Errungenschaften, die – einmal erreicht – für immer gesichert wären. Um

sie muss ständig aufs Neue gerungen, ja gestritten werden. Demokratie erfordert eine andauernde Bestätigung, braucht Zivilcourage. Sie erfordert vor allem Mut zu einer eigenen Meinung, auch wenn sich Demagogen mit Instantlösungen und billigen Diffamierungen anbieten. Und auch Menschenrechte, wie wir sie kennen und wie sie 1948 unter dem Eindruck der Menschheitskatastrophen des zwanzigsten Jahrhunderts von den Vereinten Nationen festgeschrieben wurden, brauchen Mut und Courage, wollen gelebt und verteidigt werden, wenn sie nicht verkümmern sollen. Wenn es im Artikel I der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* heißt, „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, so sei das ein Auftrag und eine Aufgabe.

Die Wahrung der Würde und die Rechte jedes einzelnen von uns sind etwas Unverzichtbares in unserer vielfältigen Gesellschaft von heute geworden, sowohl in kleinen Gemeinden als auch in einer großen Gemeinschaft, wie die der Europäischen Union. Sie sind das Ergebnis einer immer noch andauernden Aufklärung und die einzig gültige Antwort auf die leidvollen Erfahrungen unserer Vorfahren mit Feindbildern und Ausgrenzung. Das sollte auch die einzig richtige Antwort auf die Verführungen und wohlfeilen Versprechungen aller Demagogen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 sein! ■

## Filmtipp



„Wir sind so verhasst.“  
Ein Kinofilm zur Entstehung der europäischen Union, DVD-Video, 2006, 117 Min., ab 14

Die Handlung des Films ist angesiedelt zwischen dem 9. Mai 1950, dem Tag der Erklärung von Robert Schuman, und dem 10. August 1952, dem Tag der Ernennung von Jean Monnet zum Präsidenten der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Der Film ist eine gelungene Mischung aus Geschichte (Jean Monnet, Robert Schuman, Konrad Adenauer usw.) und Fiktion

(Marie und Jürgen, ein junges deutsch-französisches Paar, ihre Familien und Freunde). Die beiden sich ständig abwechselnden Ebenen zeigen die Parallelen zwischen den Problemen der einen wie der anderen auf und verdeutlichen, welche Hindernisse und Widerstände gegen die Aussöhnung zu überwinden waren. Die Zuschauer erfahren in diesem Film, wie das heutige Europa entstanden ist und wie sehr Frauen und Männer auf beiden Seiten des Rheins dafür kämpfen mussten, dass wir nunmehr in einem „wiederentdeckten“, freien und friedlichen Europa leben können.  
*Erhältlich im Medienverleih der Diözese Linz, 0732/76 10-3883*